

Donatella Castellano
Margaretenstr. 62
20357 Hamburg

An Frau Senatorin Dr. Melanie Leonhard
Behörde für Arbeit, Soziales, Familie und Integration (BASFI)
Hamburger Straße 47
22083 Hamburg

05. Dezember 2016

Sehr geehrte Frau Senatorin Leonhard,

eine Sprecherin des Bundesinnenministeriums erklärte gegenüber dem Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“: „Auf Grundlage der zwischen Afghanistan und Deutschland getroffenen Vereinbarung wird derzeit die Rückkehr von Afghanen voraussichtlich noch im Dezember organisiert. Die Rückkehr betrifft sowohl freiwillig Ausreisende als auch Personen, die sich derzeit ohne Aufenthaltsrecht in Deutschland aufhalten.“

Ich möchte Ihnen gegenüber unsere große Sorge ausdrücken, die diese Ankündigung auslöst.

Wir bemerken bei unseren, insbesondere afghanischen Schülerinnen und Schülern eine beträchtliche Verunsicherung durch die angekündigte Abschiebep Praxis, die bei vielen große Angst bewirkt und psychologische Störungen verursacht, bis hin zu dem Wiederaufflackern erlittener Traumata.

Viele von ihnen klagen über dadurch bewirkte Schlafschwierigkeiten und massive Konzentrationsstörungen. Das führt dazu, dass sie dem Unterricht schlecht folgen können. Wir glauben, dass sich diese Situation an den anderen AvM- Standorten ebenso darstellt.

Ich und in diesem Bereich arbeitenden Lehrer und AvM- Begleiter sehen das große Engagement, das die SuS, die zum großen Teil schon seit über einem Jahr in Hamburg sind, bisher an den Tag gelegt haben. Sie haben sich große Mühe gegeben, sich die Sprache anzueignen und mit der Unterstützung Betrieblicher Integrationsbegleiter einen Praktikumsplatz zu finden und sich hier zu integrieren.

Sehr viele Betriebe haben an diesem Prozess vorbildlich mitgearbeitet und den SuS die Möglichkeit gegeben, sich auf dem Arbeitsmarkt zu orientieren und sie für ihre Berufsbereiche zu interessieren.

Wir haben unsere Türen für diese Menschen geöffnet, jetzt sind sie hier und deshalb haben wir für sie auch eine gewisse Fürsorgepflicht.

Auch wir haben sehr viel Mühe und Arbeit investiert. Diese bisher erfolgreiche Arbeit möchten wir gerne auf der Basis des bisher geschaffenen Vertrauens weiterführen. Durch

die Ankündigung des Bundesinnenministeriums sehen wir den Sinn unserer Arbeit in Frage gestellt. Daher wenden wir uns an Sie mit der Bitte, uns in dieser Situation zu unterstützen.

Wir wünschen uns von Ihnen eine Stellungnahme bezüglich der künftigen Abschiebepaxis in Hamburg. Wie soll es für diese SuS weitergehen?

Über Ihre Antwort freuen wir uns.

Mit freundlichen Grüßen


(Mitglied des Integrationsbeirates)